



**HESSEN**



# **Bericht aus Brüssel**

**21/2023 vom 10.11.2023**

**Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union  
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel  
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13  
E-mail: [hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de](mailto:hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de)**

## Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	4
Wirtschaft.....	7
Verkehr.....	9
Energie.....	11
Digital.....	11
Forschung.....	12
Finanzdienstleistungen.....	12
Finanzen.....	15
Soziales.....	16
Gesundheit und Verbraucherschutz .....	16
Umwelt.....	17
Landwirtschaft .....	19
Justiz.....	19
Inneres.....	21
Bildung und Kultur.....	22
Information, Kommunikation und Medien .....	22
Veranstaltungen.....	22
Vorschau .....	26

## Institutionelles

### **Kommission; Erklärung zu antisemitischen Vorfällen in Europa**

Die Kommission hat am 05.11.2023 eine Erklärung abgegeben und darin die Häufung antisemitischer Vorfälle in Europa aufs Schärfste verurteilt. Die Zunahme antisemitischer Vorfälle in ganz Europa habe in den letzten Tagen ein erschreckendes Ausmaß erreicht und erinnere an einige der dunkelsten Zeiten der Geschichte. In dieser schwierigen Zeit stehe die EU an der Seite ihrer jüdischen Gemeinschaften. In der Erklärung werden „diese widerwärtigen Taten“ auf das Schärfste verurteilt. Sie liefen allem zuwider, wofür Europa stehe: Den Grundwerten und der europäischen Lebensweise, dem Gesellschaftsmodell, das auf Gleichheit, Inklusivität und der uneingeschränkten Achtung der Menschenrechte beruhe. Ob jüdisch, muslimisch oder christlich – niemand solle in Angst vor Diskriminierung oder Gewalt wegen seiner Religion oder Identität leben. Die EU sei entschlossen, das Wohlergehen all ihrer ethnischen, religiösen oder sonstigen Gemeinschaften zu schützen. Schließlich wird die Durchsetzung des geltenden Rechts bekräftigt. Die EU verfüge bereits über leistungsfähige Instrumente, um gegen solche Vorfälle vorzugehen: Im EU-Recht werde die öffentliche Aufstachelung zu Hass und Gewalt unter Strafe gestellt und gemeinsames Vorgehen für die Bekämpfung rassistischer und fremdenfeindlicher Hetze und Hassverbrechen festgelegt. Seit 2021 verfüge die EU über ihre erste umfassende Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens. Ferner sei seit 2020 ein EU-Aktionsplan gegen Rassismus vorhanden. Für Europäerinnen und Europäer sei es die gemeinsame Verantwortung, auf Hass in all seinen Formen deutlich hinzuweisen und dagegen anzugehen.

[file:///C:/Users/parhisi/Downloads/European Commission Statement on antisemitic incidents in Europe-1.pdf](file:///C:/Users/parhisi/Downloads/European%20Commission%20Statement%20on%20antisemitic%20incidents%20in%20Europe-1.pdf)

## Außen- und Verteidigungspolitik

### **Kommission; Israel, Gaza**

Kommissionspräsidentin von der Leyen schlug am 06.11.2023 bei ihrer Rede auf der EU-Botschafterkonferenz 2023 neben der Perspektive einer Zwei-Staaten-Lösung weitere Grundprinzipien für die Zeit nach dem Gaza-Krieg vor: Erstens eine Verständigung darauf, dass der Gazastreifen Terroristen keinen Unterschlupf bieten könne. Man könne dies etwa durch eine internationale Friedenstruppe unter dem Mandat der Vereinten Nationen gewährleisten. Zweitens könne vereinbart werden, dass es nur eine palästinensische Behörde und nur einen palästinensischen Staat gibt. Als Terrororganisation dürfe die Hamas Gaza nicht mehr kontrollieren oder regieren. Drittens könne es keine langfristige israelische Sicherheitspräsenz in Gaza geben. Der Küstenstreifen sei essenzieller Bestandteil eines künftigen palästinensischen Staates. Viertens dürfe es keine gewaltsame Vertreibung von Palästinenserinnen und Palästinensern aus Gaza geben, weil dies nur für noch mehr Instabilität in der Region sorgen würde. Fünftens müsse man eine Verständigung erzielen, dass es keine anhaltende Blockade Gazas geben dürfe. 70% der jungen Menschen dort seien arbeitslos. Dies führe zwangsläufig zu einer weiteren Radikalisierung.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech\\_23\\_5581](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_23_5581)

### **Kommission; Erweiterungspaket 2023**

Die Kommission hat am 08.11.2023 ihr Erweiterungspaket 2023 angenommen. Dieses enthält eine detaillierte Bewertung des Sachstands und der Fortschritte, die Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, die

Türkei und erstmals auch die Ukraine, die Republik Moldau und Georgien auf ihrem jeweiligen Weg in die EU erzielt haben. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Umsetzung grundlegender Reformen in diesen Staaten. Weiterhin werden klare Leitlinien für die künftigen Prioritäten vorgegeben. Im diesjährigen Erweiterungspaket empfiehlt die Kommission den 27 EU-Mitgliedstaaten, die Verhandlungen über einen EU-Beitritt mit der Ukraine und der Republik Moldau zu starten. Georgien kann laut der Mitteilung der Kommission den Beitrittsstatus bekommen, sofern noch eine Reihe von Maßnahmen ergriffen werden. Für jeglichen Fortschritt eines Beitritts von Serbien oder Kosovo ist laut Kommission hingegen die Normalisierung ihrer bilateralen Beziehungen notwendige Voraussetzung. Der Rat prüft nun die Empfehlungen der Kommission und fasst Beschlüsse über die nächsten Schritte im Erweiterungsprozess. [https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/2023-communication-eu-enlargement-policy\\_de](https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/2023-communication-eu-enlargement-policy_de)

### **Kommission; Wachstumsplan für den Westbalkan**

Die Kommission hat am 08.11.2023 einen neuen Wachstumsplan für den Westbalkan angenommen. Ziel ist es, die Region bereits vor dem Beitritt zur EU in den Genuss einiger der Vorteile kommen zu lassen, die eine EU-Mitgliedschaft bietet. Unter anderem soll das Wirtschaftswachstum angekurbelt und die erforderliche sozioökonomische Konvergenz beschleunigt werden. Der neue Wachstumsplan für den Westbalkan stützt sich auf vier Säulen: Verstärkte wirtschaftliche Integration in den Binnenmarkt der EU, Förderung der wirtschaftlichen Integration innerhalb des Westbalkans durch den Gemeinsamen Regionalen Markt, Beschleunigung grundlegender Reformen und Aufstockung der Finanzhilfe zur Unterstützung der Reformen durch eine Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan für den Zeitraum 2024-2027. Der Wachstumsplan sieht vor, dass jeder Partner im Westbalkan auf der Grundlage der bestehenden Empfehlungen, einschließlich des jährlichen Erweiterungspakets, eine Reformagenda ausarbeiten soll.

[https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/2023-communication-new-growth-plan-western-balkans\\_de](https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/2023-communication-new-growth-plan-western-balkans_de)

## **E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t**

### **Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 08.-09.11.2023 in Brüssel**

#### Aussprache über die Ergebnisse des Europäischen Rates vom 26.-27.10.2023

In der Debatte über den EU-Gipfel mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verurteilten die MdEP die Terroranschläge der Hamas und betonten, dass die humanitäre Hilfe die Bedürftigen erreichen muss.

Charles Michel betonte, dass "nichts den Terror und die Grausamkeiten rechtfertigen kann, die die Hamas gegen Israel entfesselt hat" und betonte, dass Israel das Recht hat, sich im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht zu verteidigen. Er betonte, dass "jedes zivile Leben zählt", und wies darauf hin, dass "eine totale Belagerung nicht mit dem Völkerrecht vereinbar ist", und forderte humanitäre Pausen und Korridore für den Gazastreifen, um sicherzustellen, dass die Hilfsgüter zu den Bedürftigen gelangen. Er bekräftigte auch die starke Unterstützung der EU für die Ukraine, "solange sie benötigt wird", und lobte die Fortschritte des Landes auf dem Weg zum EU-Beitritt. Charles Michel verwies auch auf die Diskussionen über den langfristigen EU-Haushalt, in dem die Ukraine-Hilfen zusammen mit Migration, Sicherheit, Verteidigung und Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten eine Priorität darstellen sollte.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verwies auf die katastrophale humanitäre Lage im Nahen Osten und das Engagement der EU für die Hilfe und die Suche nach einer Zweistaatenlösung für Israel und Palästina. Sie sagte, die EU habe ihre Hilfe für den Gazastreifen aufgestockt und arbeite an einem maritimen Hilfskorridor von CYP aus. "Das Leid der unschuldigen Zivilisten im Nahen Osten erschüttert das Gewissen der Welt", sagte sie und unterstrich die Dringlichkeit der Situation. Sie sprach auch über die EU-Erweiterung, wobei der Schwerpunkt auf der Förderung der Beitrittsperspektiven der Ukraine, Moldawiens und Georgiens lag, mit dem übergeordneten Ziel, die Union wirtschaftlich und politisch zu stärken.

Die MdEP verurteilten die Terroranschläge der Hamas und betonten die Notwendigkeit, die Zivilbevölkerung zu schützen, kollektive Bestrafungen zu vermeiden und sicherzustellen, dass die humanitäre Hilfe die Zivilbevölkerung erreicht. Mehrere Redner forderten die sofortige Freilassung der Geiseln und eine humanitäre Pause der Kämpfe und betonten die Notwendigkeit, eine Eskalation der Gewalt und einen Teufelskreis der Vergeltung zu vermeiden. Einige MdEP wiesen auch auf die Notwendigkeit zusätzlicher finanzieller Mittel im Rahmen der Überarbeitung des langfristigen EU-Haushalts hin, um auf die Situation im Nahen Osten zu reagieren und die Sicherheit in Europa zu erhöhen, und forderten eine internationale Friedenskonferenz.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-11-08-ITM-013\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-11-08-ITM-013_DE.html)

#### Neue Einnahmequellen für die EU

Mit einer Mehrheit von 399 - 138 - 61 hat das EP am 09.11.2023 im Rahmen des Berichts von MdEP José Manuel Fernandes (EVP/PTL) und MdEP Valérie Hayer (RN/FRA) einen wichtigen Schritt zur Umsetzung einer Änderung des Gesetzes zur Regelung der EU-Einnahmen, des so genannten "Eigenmittelbeschlusses" (EEMB), getan. Mit dieser Änderung, die vom Rat noch angenommen und anschließend von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden muss, werden drei neue Einnahmequellen eingeführt: die Einnahmen aus dem Emissionshandel (ETS), die Mittel aus dem vorgeschlagenen EU-Mechanismus zur Anpassung an die CO<sub>2</sub>-Grenze (CBAM) und eine befristete statistische Eigenmittelquelle auf der Grundlage von Unternehmensgewinnen. Die Einnahmen aus den neuen "Eigenmitteln" werden für die Rückzahlung der Schulden im Rahmen des EU-Wiederauffüllungsplans unerlässlich sein, zumal die steigenden Zinssätze den EU-Haushalt stark belasten. Mit den neuen Einnahmen könnte der EU-Haushalt zuverlässig und langfristig finanziert werden. Gleichzeitig könne vermieden werden, dass EU-Programme und -Politiken gekürzt werden müssen, erklären die MdEP. Nachdem das EP diese Stellungnahme angenommen hat, muss der Rat der EU die Vorschläge einstimmig billigen. Die Mitgliedstaaten müssen dann jeden neuen Eigenmittelbeschluss ratifizieren.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0395\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0395_DE.html)

#### Euro 7: Neue Vorschriften zur Verringerung der Emissionen im Straßenverkehr

Am 09.11.2023 hat das EP seine Verhandlungsposition zur Überarbeitung der EU-Vorschriften für die Typgenehmigung und Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen (Euro 7) im Rahmen des Berichts von MdEP Alexandr Vondra (ECR/CZR) mit einer Mehrheit von 329 - 230 - 41 angenommen. Mit der neuen Verordnung werden die derzeitigen Grenzwerte für Abgasemissionen (wie Stickoxide, Feinstaub, Kohlenmonoxid und Ammoniak) aktualisiert und neue Maßnahmen eingeführt. Zusätzlich werden Maßnahmen eingeführt, um die Emissionen von Reifen und Bremsen zu reduzieren und die Lebensdauer der Batterien zu erhöhen (siehe Beitrag unter „Umwelt“).

### Datengesetz: Neue Regeln für fairen Zugang und faire Nutzung von Industriedaten

Am 09.11.2023 hat das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Pilar del Castillo Vera (EVP/ESP) mit einer Mehrheit von 481 - 31 - 71 das Trilogergebnis zum Datengesetz angenommen. Das neue Gesetz erleichtert den Wechsel zwischen Cloud-Diensteanbietern, die Netzwerkdienste, Infrastruktur oder Geschäftsanwendungen in der Cloud anbieten und führt Schutzmaßnahmen gegen unrechtmäßige internationale Datenübermittlungen durch diese Unternehmen ein. Das Gesetz bedarf nun nur noch der formellen Zustimmung des Rates, um in Kraft treten zu können (siehe Beitrag unter „Digital“).

### Wirksamkeit der EU-Sanktionen gegen Russland

In einer am 09.11.2023 mehrheitlich angenommenen Entschließung äußert sich das EP besorgt über bestehende Schlupflöcher in den EU-Sanktionsregelungen gegen Russland. Die MdEP betonen den beispiellosen Charakter der restriktiven Maßnahmen der EU und sind besorgt über den Mangel an angemessener Durchsetzung und die Versuche, die Bemühungen um eine strategische Schwächung der russischen Wirtschafts- und Industriebasis zu untergraben und die Fähigkeit des Landes zur Kriegsführung zu behindern. In der Entschließung wird darauf hingewiesen, dass Russland in der Lage ist, Maßnahmen wie die von den EU-Mitgliedstaaten und der so genannten Price Cap Coalition eingeführten Preisobergrenzen für Ölsanktionen zu umgehen, und dass die EU-Importe von Erdölprodukten, die mit russischem Öl aus Ländern wie Indien hergestellt werden, stark angestiegen sind, was im Wesentlichen eine Hintertür für das Öl des Kremls in die EU schafft. Die MdEP weisen auch darauf hin, dass wichtige westliche Komponenten immer noch über Länder wie China, die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate, Kasachstan, Kirgisien und Serbien nach Russland gelangen. Sie äußern ihre tiefe Besorgnis über den anhaltenden Handel mit sanktionierten kriegswichtigen Gütern zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Moskau sowie über Berichte, wonach Länder wie Aserbaidschan russisches Gas für den Export in die EU beschönigen. Die MdEP fordern die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Aufsicht über die Umsetzung der Sanktionen auf EU-Ebene zu verstärken und zu zentralisieren sowie einen Mechanismus zur Verhinderung von Umgehungen und zur Überwachung zu entwickeln. Die MdEP fordern die EU auf, die Koordinierung bei der Durchsetzung bestehender Sanktionen gegen russische Ölexporte zu verstärken, den EU-Markt für fossile Brennstoffe russischen Ursprungs ordnungsgemäß zu schließen und Sanktionen gegen alle großen russischen Ölgesellschaften, die Gazprombank, ihre Tochtergesellschaften sowie deren Vorstände und Management zu verhängen. Die MdEP fordern die EU außerdem auf, den Transport von russischem Öl und Flüssiggas durch EU-Gebiet zu verbieten und Preis- und Mengenbeschränkungen für die Einfuhr von russischen und belarussischen Düngemitteln in die EU einzuführen. Darüber hinaus fordern die MdEP, dass die Kommission und die EU-Mitgliedstaaten die Sanktionen ausweiten und ein vollständiges Verbot der Vermarktung und des Schleifens von Diamanten russischer Herkunft oder von Diamanten, die von Russland in die EU reexportiert werden, verhängen. Die EU solle auch rechtliche Möglichkeiten prüfen, um eingefrorene russische Vermögenswerte zu beschlagnahmen und sie für den Wiederaufbau der Ukraine zu verwenden, so die MdEP.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0397\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0397_DE.html)

### Ansprache UNHCR-Sonderbotschafterin Cate Blanchett vor dem Plenum

In ihrer Rede vor dem EP forderte die Sonderbotschafterin des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen Cate Blanchett am 08.11.2023 die EU auf, die Grenzen nicht zu verstärken, und prangerte die Praxis der Externalisierung der Asylverfahren an. Cate Blanchett rief in Erinnerung, dass es heute weltweit 114

Millionen gewaltsam vertriebene Menschen gibt. Es sei wichtig, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten die humanitäre Arbeit, einschließlich der Arbeit des UNHCR, des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen, weiterhin finanziell unterstützen, um den Menschen in vielen anhaltenden Konflikten rund um den Globus zu helfen, fügte sie hinzu. Sie rief dazu auf, das internationale Flüchtlingsrecht, insbesondere die Genfer Konvention von 1951, aufrechtzuerhalten, da diese "nicht nur immer noch relevant, sondern auch grundlegend für unsere Humanität" sei. Die in der Konvention verankerten und in die Praxis umgesetzten universellen Grundsätze haben Millionen von Menschenleben gerettet, sagte sie. Da fast 90% der Vertriebenen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen untergebracht sind, forderte sie die EU auf, ihre Politik auf den Schutz von Flüchtlingen und nicht auf die Verstärkung der Grenzen zu konzentrieren. Sie erinnerte auch an die inakzeptablen menschlichen Kosten der schädlichen Praxis der Externalisierung der Asylbearbeitung. Auf die Situation in Israel und dem Gaza-Streifen ging die UNHCR-Botschafterin nur insofern ein, als sie den UN-Generalsekretär António Guterres zitierte, der in einer Erklärung zu einem umgehenden humanitären Waffenstillstand im Gazastreifen aufgerufen hat. [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-11-08-ITM-001\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-11-08-ITM-001_DE.html)

## Wirtschaft

### **Kommission; Wirtschaftsdialog zwischen EU und Japan**

Im Rahmen des G7-Treffens der Handelsminister in Osaka vom 28./29.10.2023 haben der Exekutiv-Vizepräsident der Kommission Valdis Dombrovskis, der japanische Minister für Wirtschaft, Handel und Industrie Mishimura Yasutoshi und die japanische Außenministerin Yoko Kamikawa ein Abkommen über grenzüberschreitende Datenströme getroffen. Dieses soll Online-Geschäfte einfacher, kostengünstiger und effektiver gestalten. Das Abkommen wird in die vereinbarten Bestimmungen in das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) EU-Japan aufgenommen. Das Abkommen soll eine effizientere und einfachere Verwaltung und Speicherung von Daten ermöglichen. Durch die Abschaffung kostspieliger Datenlokalisierungsanforderungen soll eine lokale Datenspeicherung bei japanischen und europäischen Unternehmen umgangen werden. Hierfür sollen an mehreren Orten Datenspeicher errichtet werden, an denen zentral Daten gespeichert werden können um Datendopplungen zu vermeiden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_23\\_5378](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_5378)

### **Kommission; Eröffnung eines Konsultationsprozesses zur Ausarbeitung einer europäischen Strategie für die Verteidigungsindustrie**

Die Kommission gab am 27.10.2023 bekannt, einen breit angelegten Konsultationsprozess mit Interessenvertretern zu starten. Mit der Konsultation soll eine europäische Strategie für die Verteidigungsindustrie ausgearbeitet werden. Die Beteiligung erfolgt in den nächsten drei Monaten anhand von schriftliche Beiträgen und Konsultationsworkshops mit den Interessenträgern. Ziel ist es, die EU langfristig als Akteurin in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung zu stärken. Dies soll im Einklang mit den im Strategischen Kompass festgelegten Zielen erfolgen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_23\\_5364](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_5364)

### **Rat; informeller Rat Tourismus**

Am 31.10.2023 fand in Palma (ESP) das informelle Ratstreffen zum Thema Tourismus statt. Die EU-Tourismusminister und -Ministerinnen unterzeichneten die „Erklärung von Palma“. Diese soll den Weg zur sozialen Nachhaltigkeit des Tourismussektors stärken. Die Tourismusbranche soll umweltfreundlicher, digitaler, widerstandsfähiger und reaktionsfähiger werden. Ziel ist natürlich auch die weitere Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum in der Tourismusbranche.

<https://spanish-presidency.consilium.europa.eu/media/3urirysy/palma-declaration.pdf>

### **Eurostat; BIP im Euroraum im dritten Quartal 2023 um 0,1% gesunken**

Am 31.10.2023 hat das statistische Amt der EU, Eurostat, bekanntgegeben, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Euroraum im dritten Quartal 2023 um 0,1% gesunken ist. Im Vorquartal war dieses um 0,2% gestiegen. In der EU ist das BIP um 0,1% angestiegen und gegenüber dem Vorquartal unverändert. Das saisonbereinigte BIP für das dritte Quartal 2023 ist sowohl im Euroraum als auch in der EU um 0,1% gestiegen. Im Vorquartal wurde ein Anstieg um 0,5% im Euroraum als auch in der EU mit 0,4% vermerkt. Die höchsten Anstiege im Vergleich zum Vorquartal verzeichneten Lettland mit einem BIP-Wachstum von 0,6%, Belgien mit 0,5% und Spanien mit 0,3%. Deutschland hat einen Rückgang des BIP im Vergleich zum Vorquartal von -0,1% erfasst.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/17766954/2-31102023-BP-DE.pdf/06963e8b-8d79-545d-4199-8aab2297a189>

### **Rat; ESA; zweiter Europäischer Raumfahrtgipfel**

Am 06./07.11.2023 fand der Europäische Raumfahrtgipfel (European Space Summit) in Sevilla (ESP) statt. Auf dem informellen Treffen des Wettbewerbsfähigkeitsrat Teil Weltraum stand die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten (MS) in der Raumfahrt zur Verbesserung des Lebens der Bürger und zur Förderung des digitalen und grünen Wandels im Mittelpunkt. Kommissar Thierry Breton äußerte, dass u.a. festgelegt wurde, dass die EU an der Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Weltrauminfrastrukturen und dem Zugang zur Autonomie im Weltraum arbeiten sollte. Auf dem Weltraumgipfel gaben die Ministerinnen und Minister den Startschuss für einen Wettbewerb zwischen innovativen Unternehmen mit Sitz in Europa, die einen Weltraumfracht-Rückholerservice anbieten sollen, bei dem ein europäischer kommerzieller Anbieter bis 2028 Nachschub zur Internationalen Raumstation liefern und die Fracht zur Erde zurückbringen soll. Im Rahmen dieses informellen Treffens trafen auch die europäischen Raumfahrtministerinnen und Raumfahrtminister mit den Leitern der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) zusammen, in der insgesamt 17 der 27 MS vertreten sind. Die Ministerinnen und Minister der ESA-Mitgliedsländer verabschiedeten u.a. eine Resolution, die die ESA in den Mittelpunkt der europäischen Weltraumambitionen positioniert. Sie soll eine optimierte Datenverwertung für Klimamaßnahmen und nachhaltige Entwicklung, für den Schutz der Weltrauminfrastrukturen sowie für die Krisenbewältigung fördern.

<https://spanish-presidency.consilium.europa.eu/en/news/informal-ministerial-meeting-competitiveness-space-eu-sevilla-7-november/>

### **Kommission; Vorschlag zur Änderung der Berichtspflichten über die Geodateninfrastruktur**

Die Kommission hat bis 19.12.2023 den Vorschlag für einen Beschluss des EP und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2007/2/EG hinsichtlich bestimmter Berichtspflichten über die Geodateninfrastruktur zur Konsultation gestellt. Mit dem Vorschlag sollen die Berichtspflichten gemäß der Richtlinie 2007/2/EG rationalisiert werden, indem die Häufigkeit der Berichte reduziert wird. Die vorgeschlagene



Rationalisierung der Berichtspflichten betrifft Behörden. Sie kann aber laut Kommission auch indirekt zur Reduzierung der Belastung von Unternehmen führen. Der Vorschlag ist Teil eines ersten Maßnahmenpakets der Kommission zur Rationalisierung der Berichtspflichten.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14011-Proposal-for-a-DIRECTIVE-on-the-simplification-of-reporting-obligations-in-environmental-legislation\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14011-Proposal-for-a-DIRECTIVE-on-the-simplification-of-reporting-obligations-in-environmental-legislation_de)

### **Kommission; Konsultation der Mitgliedsstaaten zum Vorschlag zur Anpassung des Zeitplans für das Auslaufen eines Teils der Bestimmungen des Befristeten Rahmens**

Die Kommission hat am 06.11.2023 den Mitgliedsstaaten (MS) den Entwurf eines Vorschlags zur Konsultation übersandt, nach dem der Zeitplan für das Auslaufen eines Teils der Bestimmungen des Befristeten Rahmens zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels, geändert werden soll. Der Befristete Rahmen wurde von der Kommission am 09.03.2023 angenommen zur Bewältigung der infolge der Aggression Russlands gegen die Ukraine und des beispiellosen Anstiegs der Energiepreise. Die Kommission schlägt vor, die Bestimmungen, die es den MS ermöglichen, weiterhin begrenzte Beihilfebeträge und Beihilfen zum Ausgleich der höheren Energiepreise zu gewähren, um drei Monate bis zum 31.03.2024 zu verlängern. Die MS sollen damit in die Lage versetzt werden, ihre Förderregelungen bei Bedarf zu verlängern und sicherzustellen, dass weiterhin von der Krise betroffenen Unternehmen in der kommenden Winterheizperiode nicht die benötigte Unterstützung entzogen wird.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_23\\_5525](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_5525)

### **EuGH; Urteil zum Zugang zu Fahrzeuginformationen**

Mit Urteil vom 09.11.2023 entschied der EuGH in der Rechtssache C-319/22 Gesamtverband Autoteile-Handel, dass die Fahrzeughersteller auch unabhängigen Wirtschaftsakteuren die Fahrzeug-Identifizierungsnummern zur Verfügung stellen müssen. Auch in den Fällen, in denen die Fahrzeug-Identifizierungsnummern als personenbezogenen Daten einzustufen seien, wären die Fahrzeughersteller verpflichtet, sie für unabhängige Wirtschaftsakteure bereitzustellen. Dies sei auch mit der Datenschutz-Grundverordnung vereinbar.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-319/22>

## **V e r k e h r**

### **Kommission; Aktualisierte Normen für bordeigene Notrufsysteme (eCall)**

Für den Zeitraum vom 27.10.2023 bis 24.11.2023 hat die Kommission einen Verordnungsentwurf zur Aktualisierung der bordeigenen Notrufsysteme (eCall) zur Konsultation gestellt. Diese eCall-Systeme sind in Fahrzeugen enthalten, die ab dem 31.03.2018 produziert wurden. Bei Eintreten eines schweren Verkehrsunfalls wird ein kostenloser Notruf an die 112 abgesetzt. Derzeit operieren die e-Call-Systeme über 2G- und 3G-Netze. Im Zeitraum von 2025 bis 2030 sollen diese Netzwerke eingestellt werden und durch 4G- und 5G-Netzwerke ersetzt werden. Ziel ist eine Aktualisierung der Standards der Notrufsysteme von 2G/3G-Netzen auf 4G/5G-Netze.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13845-Fahrzeugsicherheit-aktualisierte-Normen-fur-bordeigene-Notrufsysteme-eCall-\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13845-Fahrzeugsicherheit-aktualisierte-Normen-fur-bordeigene-Notrufsysteme-eCall-_de)

### **Kommission; Richtlinienvorschlag für nachhaltigeren Güterverkehr**

Am 07.11.2023 hat die Kommission einen Richtlinienvorschlag zur nachhaltigeren Optimierung des Güterverkehrs vorgelegt. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit des intermodalen Güterverkehrs – also des Güterverkehrs mit zwei oder mehreren Verkehrsträgern – gegenüber dem reinen Straßengüterverkehr zu verbessern. Der Fokus liegt bei der Reduzierung der negativen externen Effekte um mindestens 40% im Vergleich zu rein straßengebundenen Vorhaben zwischen demselben Start- und Endpunkt. Ebenso angesprochen werden Ausnahmen von vorübergehenden Fahrverboten. Mit dem Richtlinienvorschlag sollen, innerhalb von sieben Jahren die durchschnittlichen Haus-zu-Haus-Kosten um mindestens 10% gesenkt werden.

[https://transport.ec.europa.eu/system/files/2023-11/COM\\_2023\\_702\\_1.pdf](https://transport.ec.europa.eu/system/files/2023-11/COM_2023_702_1.pdf)

### **Kommission; Vorschläge zur Änderung von Berichtspflichten im Straßenverkehr und in der Luftfahrt**

Die Kommission hat eine Konsultation über den Vorschlag zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 80/2009, (EU) Nr. 996/2010 und (EU) Nr. 165/2014 hinsichtlich bestimmter Berichtspflichten in den Bereichen Straßenverkehr und Luftfahrt eröffnet. Mit dem Vorschlag sollen spezifische Berichtspflichten der Behörden aufgehoben oder gestrafft werden. Die Frist für Rückmeldungen endet am 19.12.2023. Parallel dazu stellte sie den Vorschlag für einen Beschluss des EP und des Rates zur Änderung der Richtlinien 2009/12/EG, 2009/33/EG und (EU) 2022/1999 des EP und des Rates und der Richtlinie 96/67/EG des Rates im Hinblick auf bestimmte Berichtspflichten in den Bereichen Straßenverkehr und Luftfahrt zur Konsultation. Die Häufigkeit der Berichte soll reduziert und bestimmte Elemente aus den Berichtspflichten gestrichen werden. Die Vorschläge sind Teil eines ersten Maßnahmenpakets der Kommission zur Rationalisierung der Berichtspflichten.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14009-Rationalisation-of-reporting-obligations-outline-of-draft-proposals-in-the-field-of-mobility-and-transport\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14009-Rationalisation-of-reporting-obligations-outline-of-draft-proposals-in-the-field-of-mobility-and-transport_de)

### **Kommission; Entwurf einer Durchführungsverordnung zu elektronischen Frachtbeförderungsinformationen (eFTI)**

Die Kommission hat am 24.10.2023 eine Konsultation mit Konsultationsfrist bis 21.11.2023 eingeleitet über den Entwurf einer Durchführungsverordnung über Verfahren und Zugangsvorschriften für zuständige Behörden bei Elektronischen Frachtbeförderungsinformationen (eFTI). Mit der Durchführungsverordnung sollen harmonisierte Verfahren, Vorschriften und technische Spezifikationen festgelegt werden, die von den zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten (MS) beim Zugang zu den eFTI-Plattformen der Verkehrsunternehmen einzuhalten sind. Ziel ist es sicherzustellen, dass die zuständigen Behörden in den MS auf jede eFTI-Plattform zugreifen können, und zudem sicherzustellen, dass die zuständigen Behörden beim Umgang mit den Daten der MS ordnungsgemäß identifiziert, authentifiziert und befugt sind.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13661-Elektronische-Frachtbeforderungs-informationen-eFTI-Verfahren-und-Zugangsvorschriften-fur-zustandige-Behorden\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13661-Elektronische-Frachtbeforderungs-informationen-eFTI-Verfahren-und-Zugangsvorschriften-fur-zustandige-Behorden_de)

## Energie

### **Eurostat; Anstieg der Strom- und Gaspreise im ersten Halbjahr 2023**

Eurostat, gab am 26.10.2023 bekannt, dass die Strom- und Gaspreise im ersten Halbjahr im Vorjahresvergleich gestiegen sind. Die Strompreise haben im ersten Halbjahr 2022 25,30 EUR pro 100 kWh betragen. Im selben Zeitraum 2023 sind diese auf 28,90 EUR pro 100 kWh angestiegen. Die Gaspreise sind von 8,60 EUR pro kWh auf 11,90 EUR pro kWh angestiegen. Die Preise sind die höchsten, die von Eurostat verzeichnet wurden. Die Preise ohne Berücksichtigung von Steuern auf Strom und Gas sinken. Zudem ziehen die Mitgliedstaaten teilweise ihre Unterstützungsmaßnahmen zurück. Daraus resultieren höhere Konsumentenpreise mit Steuern. Die Steuern auf Strom sind von 23% in 2022 im ersten Halbjahr auf 19% in 2023 im gleichen Zeitraum gesunken. Die Steuern auf Gas sind in den gleichen Zeiträumen von 27% (2022) auf 19% (2023) gefallen. Alle EU-Länder haben zur Dämpfung der Preise staatliche Zulagen und Subventionen eingeführt.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20231026-1>

## Digital

### **EP; Verhandlungsergebnis des Data Act im Plenum bestätigt**

Am 09.11.2023 hat das EP den von Berichterstatterin Pilar del Castillo Vera (EVP, ESP) in Trilogverhandlungen erzielten Kompromiss zum Data Act mit 481 zu 31 Stimmen bei 71 Enthaltungen bestätigt. Das neue Gesetz erleichtert den Wechsel zwischen Cloud-Diensteanbietern, die Netzwerkdienste, Infrastruktur oder Geschäftsanwendungen in der Cloud anbieten und führt Schutzmaßnahmen gegen unrechtmäßige internationale Datenübermittlungen durch diese Unternehmen ein. Die Abgeordneten stellten sicher, dass das Datengesetz bedeutet, dass Kunden von Cloud-Diensten die Möglichkeit haben, Verträge auszuhandeln und nicht an einen bestimmten Anbieter gebunden sind. Es bedarf nun der formellen Zustimmung des Rates, um in Kraft treten zu können.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0385\\_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0385_DE.pdf)

### **Kommission, Rat; G7-Staaten nehmen Leitprinzipien für KI an**

Die Staats- und Regierungschefs der G7-Länder haben sich am 30.10.2023 auf elf internationale Leitprinzipien für Künstliche Intelligenz (KI) und einen freiwilligen Verhaltenskodex für KI-Entwickler geeinigt. Die im sog. Hiroshima-Prozess erarbeiteten Leitprinzipien richten sich an Organisationen, die fortgeschrittene KI-Systeme wie Basismodelle (sog. foundation models) und generative KI entwickeln, einsetzen und nutzen. Dazu zählen Verpflichtungen zur Minderung von Risiken und Missbrauch und zur Ermittlung von Schwachstellen, die Förderung des verantwortungsvollen Informationsaustauschs, die Meldung von Sicherheitsvorfällen, Investitionen in die Cybersicherheit sowie ein Kennzeichnungssystem, das es den Nutzern ermöglicht, KI-generierte Inhalte zu erkennen. Diese Leitprinzipien sollen sicherstellen, dass die KI sicher und vertrauenswürdig ist. Sie bilden außerdem die Grundlage für einen freiwilligen internationalen Verhaltenskodex. Die Kommission hat die Einigung der G7 begrüßt und KI-Entwickler aufgefordert, den neuen Verhaltenskodex zu unterzeichnen.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/hiroshima-process-international-guiding-principles-advanced-ai-system>

### **Kommission; AI Safety Summit in Bletchley Park am 01./02.11.2023**

Auf Einladung der GBR-Regierung versammelten sich am 01./02.11.2023 hochrangige Vertreterinnen und Vertreter von 28 Staaten, der EU, des Europarates und der Vereinten Nationen, sowie aus der Privatwirtschaft, der Wissenschaft und von Nichtregierungsorganisationen in Bletchley Park nahe London (GBR) zu einem „AI Safety Summit“. Es handelte sich um das erste internationale Treffen, um über Risiken und Chancen Künstlicher Intelligenz (KI), v.a. sehr leistungsfähiger KI-Modelle, zu diskutieren. Die Staaten, darunter die USA, China, Indien, Japan, sechs EU-Mitgliedstaaten (u.a. DEU, FRA) sowie die EU (vertreten durch Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen) unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung, die Bletchley Declaration, in der sie auf Chancen und Risiken von KI hinweisen und sich zur internationalen Zusammenarbeit bei dem Umgang mit den Risiken bekennen. Insbesondere Entwickler sehr leistungsfähiger KI hätten eine besondere Verantwortung für die Sicherheit der Technologie. Verbindliche Standards oder rechtliche Regelungen wurden jedoch nicht vereinbart. <https://www.gov.uk/government/publications/ai-safety-summit-2023-the-bletchley-declaration/the-bletchley-declaration-by-countries-attending-the-ai-safety-summit-1-2-november-2023>

## F o r s c h u n g

### **Kommission; Innovationsrat; EIC; Verhaltenskodex für Berater**

Am 06.11.2023 hat der Exekutivrat des European Innovation Council (EIC) die Veröffentlichung eines Verhaltenskodex für Berater bekannt gegeben, die Dienstleistungen zur Unterstützung von Antragstellern beim EIC anbieten. Der EIC ist ein Förderprogramm im Rahmen von Horizon Europe zur Kommerzialisierung innovativer Projekte. Der Verhaltenskodex zielt darauf ab, eine Reihe von Mindeststandards festzulegen, zu deren Anwendung sich Einzel- oder Unternehmensberatungen gegenüber ihren Kunden verpflichten. Angesichts des schnellen Wachstums auf dem europäischen Beratungsmarkt sieht der EIC die Notwendigkeit, sich für Professionalität, Transparenz und die Achtung ethischer Grundsätze in diesem Bereich einzusetzen. Die Einhaltung des Kodex ist freiwillig. Dennoch ermutigt das EIC seine Kandidaten, sich zu vergewissern, dass die von ihnen beauftragten Beratungsunternehmen die Bestimmungen des Kodex einhalten. Die Beratungsunternehmen werden dazu eingeladen, ein Label des Kodex auf ihrer Website zu zeigen.

[https://eic.ec.europa.eu/news/eic-board-publishes-code-conduct-consultants-offering-services-eic-applicants-2023-11-06\\_en](https://eic.ec.europa.eu/news/eic-board-publishes-code-conduct-consultants-offering-services-eic-applicants-2023-11-06_en)

## F i n a n z d i e n s t l e i s t u n g e n

### **ESMA; Veröffentlichung von Daten für die vierteljährliche Anleihenliquidität**

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) hat am 31.10.2023 die vierteljährliche Liquiditätsbewertung für Anleihen veröffentlicht, die an EU-Handelsplätzen gehandelt werden können. Für das dritte Quartal waren 1.155 liquide Anleihen verfügbar, die den Transparenzanforderungen der Richtlinie über Märkte und Finanzinstrumente (MiFID II) unterliegen. Die Liquiditätsbewertung der Anleihen basiert auf einer vierteljährlichen Bewertung quantitativer Liquiditätsrisiken wie der durchschnittlich täglichen Handelsaktivität. Nur für Aktien und aktienähnliche

Instrumente werden die Ergebnisse veröffentlicht, bei denen mindestens 95% der Handelstage im Zeitraum des sechsmonatigen Beobachtungszeitraums übermittelt wurden. Berücksichtigt werden auch der ESMA gemeldete OTC-Handel.

[https://registers.esma.europa.eu/publication/searchRegister?core=esma\\_registers\\_fitrs\\_files](https://registers.esma.europa.eu/publication/searchRegister?core=esma_registers_fitrs_files)

### **EZB; Veröffentlichung konsolidierter Bankdaten für Ende Juni 2023**

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 02.11.2023 konsolidierte Bankdaten für Juni 2023 veröffentlicht. Die aggregierte Summe der Aktiva der Kreditinstitute (KI) mit Sitz in der EU hat sich von 31,89 Billionen EUR im Juni 2022 auf 31,32 Billionen EUR im Juni 2023 verringert. Dies entspricht einem Rückgang von 1,8%. Unverändert geblieben ist die aggregierte Quote notleidender Kredite mit 1,88%. Die aggregierte Eigenkapitalrendite betrug 5,20%. Die harte Kernkapitalquote lag bei 15,80%.

<https://www.bundesbank.de/resource/blob/918076/35dd46373048c0417be4deeb7522f2df/mL/2023-11-02-konsolidierte-bankdaten-download.pdf>

### **EZB; Veröffentlichung vierteljährliche Finanzierungsrechnung**

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 27.10.2023 ihre vierteljährliche Finanzierungsrechnung für das zweite Quartal 2023 veröffentlicht. Diese enthält ab Oktober 2023 eine Untergliederung der Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen und Alterssicherungssystemen nach Anlagerisiko. Die Nettoersparnisbildung im Euroraum stieg auf 669 Mrd. EUR an. Dies entspricht 6,1% des verfügbaren Nettoeinkommens. Im Vorquartal belief sich die Nettoersparnisbildung auf 640 Mrd. EUR. Während die Verschuldung der privaten Haushalte im zweiten Quartal 2022 bei 95% lag, sank diese für das zweite Quartal 2023 auf 89,4%. Im gleichen Zeitraum sank die Verschuldung der Privathaushalte gegenüber dem BIP von 58,1% auf 55,1%. Ebenso rückläufig verhält sich die Verschuldung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften im Verhältnis zum BIP. Im zweiten Quartal 2023 belief sich diese auf 68,8% während diese ein Jahr vorher bei 73,4% lag. Zudem sank die nichtkonsolidierte, weiter gefasste Verschuldungsmessgröße im gleichen Zeitraum von 135,6% auf 127,8%.

<https://www.bundesbank.de/resource/blob/917900/8802b4ad9b884093fe58d4534e4654e8/mL/2023-10-27-wirtschaftliche-entwicklungen-download.pdf>

### **EZB; MFI-Zinsstatistik; Teure Kredite September 2023**

Die am 02.11.2023 von der EZB veröffentlichte MFI-Zinsstatistik (MFI - Monetäre Finanzinstitute) für den Euroraum im September 2023 macht deutlich, dass aufgrund des Zinseffekts die Kreditvergabe teurer geworden ist. Mit einem Anstieg von 10 Basispunkten lag der gewichtete Faktor der Kreditfinanzierungskosten an Unternehmen bei 5,09%. Ebenfalls betroffen war der gewichtete Faktor der Finanzierungskosten für Wohnungsbaukredite für private Haushalte. Mit einem Anstieg von 4 Basispunkten lag der Bankzinssatz hierfür bei 3,89%. Für Unternehmen stiegen die Zinssätze für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit auf 3,58% um 15 Basispunkte an, während die täglich fälligen Einlagen einen Anstieg von 10 Basispunkten auf 0,75% verzeichnet haben. Für Zinssätze für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit wurde ebenfalls ein Anstieg von 4 Basispunkten auf 3,08% vermerkt. Der Zinssatz für tägliche Einlagen für private Haushalte ist mit 2 Basispunkten auf 0,33% angestiegen.

<https://www.bundesbank.de/resource/blob/918064/d944743325015f87b74a69edd52f656b/mL/2023-11-02-mfi-zinsstatistik-download.pdf>

**Kommission; Vorschläge zu Änderungen bei Fristen für Nachhaltigkeitsberichtserstattungen**

Die Kommission stellte am 24.10.2023 mehrere Gesetzgebungsvorschläge zur Konsultation mit einer Frist bis 19.12.2023, die eine Verlängerung von Fristen bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung vorsehen. Zum einen geht es um einen Vorschlag für einen Beschluss des EP und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU. Dabei geht es um die Fristen für den Erlass der Standards für die Nachhaltigkeitsberichtserstattung für bestimmte Sektoren und Unternehmen aus Drittstaaten. Gemäß den Europäischen Standards für die Nachhaltigkeitsberichtserstattung (ESRS) müssen diese Nachhaltigkeitsinformationen gemeldet werden. Vorgesehen ist eine Verlängerung der Frist für den Erlass der sektorspezifischen Standards um zwei Jahre. Ebenso verlängert werden soll der Artikel 40b der Rechnungslegungsrichtlinie, welcher am 30.06.2024 ausläuft. Dieser beschäftigt sich mit dem Erlass der ESRS für bestimmte Unternehmen aus Drittstaaten, die in der EU tätig sind. Für diese Unternehmen gelten die Berichtspflichten erst ab dem Geschäftsjahr 2028. Der Vorschlag der Kommission sieht auch hier eine Fristverlängerung um zwei Jahre bis 2030 vor. Diese Vorschläge sind Teil eines ersten Maßnahmenpakets der Kommission zur Rationalisierung der Berichtspflichten.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14012-Postponement-of-deadlines-within-the-Accounting-Directive-for-the-adoption-of-certain-ESRS\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14012-Postponement-of-deadlines-within-the-Accounting-Directive-for-the-adoption-of-certain-ESRS_de)

#### **Kommission; Vorschläge zur Reduzierung der Berichterstattung für „ESA“, „ESRB“ und „InvestEU“**

Vom 24.10.2023 bis zum 01.01.2024 stellt die Kommission den Vorschlag zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1092/2010, (EU) Nr. 1093/2010, (EU) Nr. 1094/2010, (EU) Nr. 1095/2010 und (EU) 2021/523 zur Konsultation. Dies betrifft bestimmte Berichtspflichten in den Bereichen Finanzdienstleistungen und Investitionsunterstützung. Betroffen sind die Aufsichtsbehörden für Banken, Börsen und Versicherungen (ESA), der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) und das Programm InvestEU. Mit dem Vorschlag soll eine doppelte Berichterstattung vermieden und dadurch Bürokratie abgebaut werden. Dies kommt laut Kommission vor, wenn mehrere Behörden die Befugnis haben, dieselben Daten bei Finanzinstituten oder anderen Marktteilnehmern zu erheben und keine ausdrückliche Rechtsgrundlage für den einschlägigen Datenaustausch unter den Behörden vorliegt. Dem Vorschlag wird ein Mandat für die Behörden beigelegt. Dieser sieht vor, dass die Behörden regelmäßig Berichtspflichten überprüfen sollen und Anforderungen, die überflüssig oder veraltet sind, aufheben. Die Vorschläge sind Teil eines ersten Maßnahmenpakets der Kommission zur Rationalisierung der Berichtspflichten.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14013-Finanzdienstleistungen-und-Investitionsförderung-Datenaustausch-und-Rationalisierung-von-Meldepflichten\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14013-Finanzdienstleistungen-und-Investitionsförderung-Datenaustausch-und-Rationalisierung-von-Meldepflichten_de)

#### **Kommission; Vorschlag zur Abschaffung von Berichtspflichten zu Fälschungsdelikten**

Die Kommission hat am 24.10.2023 den Entwurf einer Änderung der Richtlinie 2014/62/EU zur Konsultation gestellt. Der von der Kommission vorgeschlagene Beschluss sieht vor, zuständige Behörden der Mitgliedstaaten von Berichtspflichten an die Kommission zu befreien. Dabei handelt es sich konkret um die Übermittlung von statistischen Daten über die Zahl der Fälschungsdelikte und die Zahl der wegen Fälschungsdelikten verfolgten und verurteilten Personen. Die Frist für die Rückmeldungen endet am 19.12.2023. Der Vorschlag ist Teil eines ersten Maßnahmenpakets der Kommission zur Rationalisierung der Berichtspflichten.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14006-Proposal-for-a-Decision-Amending-Directive-2014-62-EU-as-regards-certain-reporting-requirements\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14006-Proposal-for-a-Decision-Amending-Directive-2014-62-EU-as-regards-certain-reporting-requirements_de)

### **Kommission; Konsultation zur Benchmark-Verordnung**

Die Kommission führt vom 24.10.2023 bis 04.01.2024 eine Konsultation zum Entwurf einer Verordnung zur Überprüfung des Anwendungsbereichs und der Regelungen für Referenzwerte aus Drittstaaten im Rahmen der Benchmark-Verordnung durch. Die Kommission sieht in dem Entwurf Änderungen an den Vorschriften in der Benchmark-Verordnung vor. Diese Änderungen sollen insbesondere sicherstellen, dass EU-Banken und -Investmentfonds weiterhin Zugang zu einem breiten Spektrum an globalen Referenzwerten haben.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13762-Benchmark-Verordnung-Überprüfung-des-Anwendungsbereichs-und-der-Regelungen-für-Referenzwerte-aus-Drittstaaten\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13762-Benchmark-Verordnung-Überprüfung-des-Anwendungsbereichs-und-der-Regelungen-für-Referenzwerte-aus-Drittstaaten_de)

### **Rat, EP; Schnellere Überweisungen in der EU**

Am 07.11.2023 haben sich Rat, EP und Kommission geeinigt, mit neuen Vorschriften, mit denen die Verordnung über den einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA) aus dem Jahr 2012 modernisiert wird, sicherzustellen, dass Sofortzahlungen in Euro EU-weit erschwinglich, sicher und ungehindert abgewickelt werden. Der Preis dieser Sofortüberweisungen soll den normalen Überweisungen nicht überschreiten.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_22\\_6272](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_6272)

## **F i n a n z e n**

### **Eurostat; Steuerquote im Jahr 2022 stabil**

Am 31.10.2023 hat das statistische Amt der EU, Eurostat, Zahlen zu den Steuerquoten aus 2022 veröffentlicht. Die Gesamtsteuerquote, also die Summe aus Steuern und Nettosozialbeiträgen in Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP), lag 2022 in der EU bei 41,2%. Im Vorjahr lag sie bei 41,5%. Im Euroraum stiegen die Steuereinnahmen linear zum nominalen BIP an, wodurch die Steuerquote mit 41,9% stabil geblieben ist. In absoluten Zahlen sind die Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen im Vergleich zu 2021 um 480 Mrd. EUR auf 6.549 Mrd. EUR gestiegen. Es wurden starke Schwankungen der Steuerquote im Verhältnis zum BIP zwischen den EU-Ländern festgestellt. Die höchsten Anteile von Steuern und Sozialbeiträgen in Prozent des BIP verzeichneten FRA (48,0%), BEL (45,6%) und AUT (43,6%). In DEU lag der Anteil bei 42,1%. Die Gesamtsteuerquote ist in zwölf EU-Ländern gestiegen, darunter DEU mit einem kleinen Anstieg von 0,1%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20231031-2>

### **EuGH; Schlussanträge zu Steuervorbescheiden**

Am 09.11.2023 legte der Generalanwalt seine Schlussanträge in der Rechtsmittelsache C-465/20 P Kommission / Irland u.a. vor. Er schlägt dem EuGH vor, das Urteil des Gerichts der EU (EuG) über die Steuervorbescheide („tax rulings“) von IRL gegenüber Apple aufzuheben. Mit Beschluss vom 30.08.2016 stellte die Kommission fest, dass IRL dem Unternehmen Apple unrechtmäßige Steuervergünstigungen von bis zu 13 Mrd. EUR gewährt habe, da Apple wesentlich weniger Steuern zahlen müssen als andere Unternehmen. IRL müsse daher die rechtswidrige Beihilfe zurückfordern. Gegen diesen Beschluss haben IRL und Apple mit Erfolg Nichtigkeitsklagen beim EuG erhoben. Die Kommission hat das Urteil des

EuG angefochten und die Aufhebung beantragt. Der Generalanwalt ist der Auffassung, dass dem EuG eine Reihe von Rechtsfehlern unterlaufen sind und schlägt daher vor die Rechtssache zur erneuten Entscheidung an das EuG zurückzuverweisen.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-465/20>

### **Rat; Eurogruppentagung am 08.11.2023**

Die Finanzministerinnen und -minister der Eurozone haben bei ihrem Treffen am 08.11.2023 über die derzeitige makroökonomische Entwicklung diskutiert, im Rahmen der regelmäßigen Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung durch die Eurogruppe haben die Institutionen ihre Analyse der jüngsten Entwicklungen, einschließlich der Inflation, und die möglichen Auswirkungen auf die finanzpolitische Koordinierung betrachtet. Auf dieser Grundlage haben sich die Ministerinnen und Minister über die wichtigsten Herausforderungen für die makroökonomischen und haushaltspolitischen Aussichten für 2024 im Hinblick auf die Erörterung des Entwurfs der Haushaltspläne durch die Eurogruppe im Dezember ausgetauscht. Außerdem ging es bei dem Treffen um die Wettbewerbsfähigkeit des Euroraums. Im Rahmen einer neuen Arbeitsgruppe zur Wettbewerbsfähigkeit und auf der Grundlage eines von der Kommission erstellten Vermerks führte die Eurogruppe eine erste Diskussion über den Stand der Wettbewerbsfähigkeit des Euroraums, die Herausforderungen und die wichtigsten anstehenden politischen Kompromisse.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eurogroup/2023/11/08/>

## S o z i a l e s

### **Kommission; Wettbewerb für Arbeit im digitalen Zeitalter**

Am 07.11.2023 startete die Kommission den Wettbewerb für innovative Ansätze zur Förderung des Wohlbefindens im digitalen Arbeitsumfeld. An dem Wettbewerb können sämtliche Organisationen teilnehmen und sich in diesem Rahmen auch an der neuen EU-Kampagne „Sicher und gesund arbeiten in Zeiten der Digitalisierung“ beteiligen.

<https://healthy-workplaces.osha.europa.eu/en/get-involved/good-practice-awards>

## G e s u n d h e i t u n d V e r b r a u c h e r s c h u t z

### **Kommission; Dritter angepasster COVID-Impfstoff zugelassen**

Die Kommission teilte am 31.10.2023 mit, dass nun ein weiterer angepasster COVID-19-Impfstoff für die Herbst-Impfkampagne zugelassen wurde. Dieser ist an die Virusvariante XBB.1.5 angepasst. Mit der EU-Impfstoffstrategie arbeitet die Kommission weiterhin daran, dass die Mitgliedstaaten Zugang zu den neuesten zugelassenen COVID-19-Impfstoffen haben und diese somit den Schutz gefährdeter Gruppen in der Bevölkerung und die Bewältigung der epidemiologischen Entwicklung des Virus gewährleisten können.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/ema-recommends-approval-adapted-nuvaxovid-covid-19-vaccine-targeting-omicron-xbb15>



### **Kommission; Registrierung der Europäischen Bürgerinitiative „Errichtung einer Europäischen Umweltbehörde“**

Die Kommission hat am 08.11.2023 beschlossen, die Initiative „Errichtung einer Europäischen Umweltbehörde“ als Europäische Bürgerinitiative zu registrieren. Die Organisatoren der Initiative fordern die Schaffung einer Europäischen Umweltbehörde entweder als Nachfolgerin der Europäischen Umweltagentur oder als neu zu gründende Behörde. Diese soll laut den Forderungen der Initiatoren die Kompetenz haben, verbindliche Verwaltungsentscheidungen zu treffen, umweltrelevante Vorgänge zu überwachen und im Falle von Umweltverschmutzungen Sanktionen zu verhängen. Die Bürgerinitiative ist bislang nicht inhaltlich von der Kommission geprüft worden. Sollten die Organisatoren der Initiative innerhalb eines Jahres eine Mio. Unterschriften aus mindestens sieben Mitgliedstaaten erhalten, muss die Kommission entscheiden, ob sie den Forderungen nachkommt und sie muss ihre Entscheidung begründen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_23\\_5526](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_5526)

### **Kommission; Unterzeichnung der Waldpartnerschaft mit Sambia**

Am 08.11.2023 hat Kommissar Hoekstra im Namen der EU den Fahrplan für die Umsetzung der Waldpartnerschaft der EU mit Sambia unterzeichnet. Im Rahmen des EU Global Gateway soll dieser neue Fahrplan die wirksame Umsetzung der Waldpartnerschaft gewährleisten, indem er den gegenseitigen Dialog zur Bekämpfung der Waldschädigung stärkt, auf eine nachhaltige Forstwirtschaft in Sambia hinarbeitet und technische Hilfe, politische Strategien und allgemeine Unterstützungsmaßnahmen bereitstellt. Die Partnerschaft soll zudem gute Rahmenbedingungen für die Regierungsführung, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die ökologische Nachhaltigkeit sowie die menschliche und soziale Entwicklung fördern. Im Rahmen der Waldpartnerschaft zwischen der EU und Sambia sind derzeit vier Projekte vorgesehen. Zwei dieser Projekte werden durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) umgesetzt.

[https://climate.ec.europa.eu/news-your-voice/news/global-gateway-european-union-and-zambia-sign-roadmap-implementation-forest-partnership-2023-11-08\\_de](https://climate.ec.europa.eu/news-your-voice/news/global-gateway-european-union-and-zambia-sign-roadmap-implementation-forest-partnership-2023-11-08_de)

### **Rat; Verhandlungsposition zur Luftqualitätsrichtlinie**

Der Rat hat am 09.11.2023 seine Verhandlungsposition für die Richtlinie über Luftqualität und saubere Luft in Europa angenommen. Die Allgemeine Ausrichtung des Rates sieht vor, dass die jährlichen Grenzwerte für verschiedene Luftschadstoffe an die Richtwerte der WHO angenähert werden. Der Rat fügte mehrere Möglichkeiten für die Verlängerung der Fristen für die Einhaltung der Luftqualitätsgrenzwerte hinzu, z.B. für den Fall, dass eine Einhaltung der Grenzwerte wegen spezifischer Ausbreitungseigenschaften unmöglich ist oder erhöhte Grenzwerte auf eine Quelle außerhalb des jeweiligen Mitgliedstaates (MS) zurückzuführen sind. Außerdem sollen Luftqualitätspläne für Gebiete mit erhöhter Luftverschmutzung erst spätestens drei Jahre nach Feststellung der Überschreitung durch die MS vorgelegt werden müssen. Die Allgemeine Ausrichtung des Rates enthält auch eine Klausel, mit der die Kommission aufgefordert wird, bis 2030 eine etwaige Anpassung der Luftqualitätsstandards zu prüfen. Die MS müssen sicherstellen, dass Menschen Anspruch auf Schadenersatz haben, wenn ihre Gesundheit infolge eines vorsätzlichen oder fahrlässigen Verstoßes gegen die nationalen Vorschriften zur Umsetzung bestimmter Bestimmungen der Richtlinie geschädigt wurde. Das EP hat sein Verhandlungsmandat bereits am 13.09.2023 angenommen, sodass die Trilogverhandlungen nun aufgenommen werden können.

[https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/09/air-quality-council-ready-to-start-talks-with-parliament-on-new-rules-to-strengthen-standards-in-the-eu/?utm\\_source=dsms-auto&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=Air+quality:+Council+ready+to+start+talks+with+Parliament+on+new+rules+to+strengthen+standards+in+the+EU](https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/09/air-quality-council-ready-to-start-talks-with-parliament-on-new-rules-to-strengthen-standards-in-the-eu/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Air+quality:+Council+ready+to+start+talks+with+Parliament+on+new+rules+to+strengthen+standards+in+the+EU)

### **EP; Annahme des Standpunktes zur Euro-7-Norm**

Das EP hat am 09.11.2023 den Bericht von MdEP Alexandr Vondra (ECR/CZR) zur sog. Euro-7-Norm mit 329 Stimmen bei 230 Gegenstimmen und 41 Enthaltungen angenommen. Mit der neuen Verordnung sollen die aktuellen Grenzwerte für Abgasemissionen, wie Stickoxide, Partikel, Kohlenmonoxid und Ammoniak, aktualisiert und neue Maßnahmen zur Verringerung der Emissionen von Reifen und Bremsen eingeführt werden. Das Verhandlungsmandat sieht vor, die von der Kommission vorgeschlagenen Werte für die Schadstoffemissionen von Personenkraftwagen zu übernehmen. Die Verschärfung des Testverfahrens, die von der Kommission vorgeschlagen wurde, wird von den Abgeordneten allerdings abgelehnt. Emissionen sollen zusätzlich in drei Kategorien für leichte Nutzfahrzeuge auf der Grundlage ihres Gewichts unterteilt werden. Für Busse und schwere Nutzfahrzeuge fordern die MdEP strengere Abgasemissionsgrenzwerte, die im Labor und unter realen Fahrbedingungen gemessen werden. Darüber hinaus sieht der Standpunkt des EP vor, die Berechnungsmethoden und Grenzwerte für Partikelemissionen von Bremsen und Reifenabrieb an die internationalen Normen anzugleichen, die derzeit von der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa entwickelt werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20231106IPR09026/euro-7-neue-vorschriften-zur-verringerung-der-emissionen-im-strassenverkehr>

### **Rat; EP; Trilogieeinigung über die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur**

Rat und EP haben am 09.11.2023 eine vorläufige Einigung über die Verordnung über die Wiederherstellung der Natur erzielt. Demnach müssen bis 2030 mindestens 20% der Land- und 20% der Meeresflächen und bis 2050 alle sanierungsbedürftigen Ökosysteme wiederhergestellt werden. Die vorläufige Einigung sieht Zwischenziele einer Wiederherstellung von 60% bis 2040 und 90% bis 2050 vor. Dafür sollen die Mitgliedstaaten (MS) nationale Wiederherstellungspläne erstellen, wobei sie bis 2030 Natura-2000-Gebieten Priorität einräumen sollen. Gemäß der vorläufigen Einigung sollen die MS eine wesentliche Wiederverschlechterung von bereits wiederhergestellten Gebieten vermeiden. Mit der Verordnung werden auch spezifische Anforderungen eingeführt, um Maßnahmen zur Umkehrung des Rückgangs der Bestäuberpopulationen bis spätestens 2030 festzulegen. Außerdem sollen die MS bis 2030 mindestens 30% und bis 2050 mindestens 50% der entwässerten Moore, die landwirtschaftlich genutzt werden, wiederherstellen, wobei die Wiedervernässung für Landwirte und private Landbesitzer freiwillig bleibt. Innerhalb von 12 Monaten nach Inkrafttreten der Verordnung soll die Kommission mögliche Lücken zwischen dem Finanzbedarf für die Wiederherstellung und den verfügbaren EU-Mitteln bewerten. Eine umfassende Prüfung der Auswirkungen der Verordnung durch die Kommission ist für 2033 vorgesehen. Rat und EP einigten sich außerdem darauf, dass die Ziele für landwirtschaftliche Ökosysteme unter außergewöhnlichen Umständen ausgesetzt werden können, wenn sie schwerwiegende EU-weite Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Flächen haben, die zur Sicherung einer ausreichenden landwirtschaftlichen Produktion für den EU-Lebensmittelverbrauch erforderlich sind.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/09/nature-restoration-council-and-parliament-reach-agreement-on-new-rules-to-restore-and-preserve-degraded-habitats-in-the-eu/>

## Landwirtschaft

### **Kommission; Genehmigung deutscher Beihilferegeln zur Unterstützung der Fischerei**

Die Kommission hat am 30.10.2023 eine Regelung genehmigt, die den Fischereisektor in Deutschland mit einer Summe von 20 Mio. EUR infolge des Austritts von GBR aus der EU unterstützt. Die Regelung zielt darauf ab, Eigner von in Deutschland registrierten Fischereifahrzeugen für Einkommensverluste, die aufgrund der Brexit-bedingten Kürzungen der Fischereiquoten entstanden sind, zu entschädigen. Eigner von Fischereifahrzeugen mit einer Länge von bis zu 24 Metern erhalten eine Entschädigung von max. 15% für den geschätzten Einkommensverlust, während Eigner von Fischereifahrzeugen mit einer Länge über 24 Metern Anspruch auf max. 10% des Einkommensverlustes haben. Die Regelung gilt bis zum 31.12.2023.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex\\_23\\_5442](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex_23_5442)

### **EIB; Darlehen von 40 Mio. EUR für In Ovo zur Beendigung der Tötung männlicher Küken**

Die Kommission hat am 03.11.2023 bekanntgegeben, dass die Europäische Investitionsbank (EIB) einen Darlehensvertrag über 40 Mio. EUR mit dem AgriTech-Unternehmen In Ovo unterzeichnet hat. Mit dem Darlehen plant In Ovo seine patentrechtlich geschützte Ella-Technologie auszubauen, mit der das Geschlecht von Eiern in einem frühen Stadium identifiziert werden kann, so dass Brutbetriebe nur Legehennen ausbrüten können und männliche Küken nicht mehr direkt nach dem Schlüpfen aussortieren müssen. Die Technologie trägt somit dazu bei, den Tierschutz zu verbessern und CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren. Die Finanzierung des Projekts durch die EIB wird durch das Programm InvestEU ermöglicht.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP\\_23\\_5381](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_23_5381)

## Justiz

### **Rat; Kommission; Ministerforum EU-Westbalkan berät über Rechtsstaatlichkeit und Verfolgung russischer Kriegsverbrechen**

Die spanische Justizministerin als Vertreterin der ESP-Ratspräsidentschaft und Justizkommissar Reynders haben am 26./27.10.2023 an dem jährlich stattfindenden Ministerforum EU-Westbalkan für Justiz und Inneres teilgenommen. Beim Justizteil des Forums standen die Themen Rechtsstaatlichkeit und Justizreformen sowie das gemeinsame Handeln in Bezug auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine im Mittelpunkt. Die Ministerrunde betonte in puncto Rechtsstaatlichkeit, dass Reformen zur Stärkung der Unabhängigkeit und Rechenschaftspflicht der Justiz in der gesamten Region wichtige Elemente seien, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Justiz zu stärken. Die Partner im Westbalkan bekräftigten bei dem Treffen ihre Bereitschaft, die Bemühungen um Justizreformen zu verstärken. Die Agentur der EU für die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) stellte ihre Bemühungen zur Unterstützung und Koordinierung von Ermittlungen und Strafverfolgung in Bezug auf in der Ukraine begangene internationale Verbrechen vor. Insbesondere wurden dabei die Arbeit der gemeinsamen Ermittlungsgruppe, die Datenbank für Beweismittel für Kernverbrechen des Völkerstrafrechts (Core International Crimes Evidence Database – CICED) und

das neu eingerichtete Internationale Zentrum für die Strafverfolgung des Verbrechens der Aggression gegen die Ukraine (ICPA) vorgestellt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/27/joint-press-statement-eu-western-balkans-ministerial-forum-on-justice-and-home-affairs-skopje-26-27-october-2023/>

### **Eurojust; Reform der Eurojust-Verordnung soll Informationsaustausch bei der Terror-Bekämpfung erleichtern**

Nach Einschätzung der Agentur der EU für die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) wird es auf Grundlage der am 31.10.2023 in Kraft getretenen Änderung der Eurojust-Verordnung eine bessere Unterrichtung der Mitgliedstaaten über laufende und abgeschlossene Terrorismusfälle geben können. Die so gewonnenen Daten würden dann an das von Eurojust verwaltete Europäische Justizregister zur Terrorismusbekämpfung (CTR) übermittelt. Dies werde dazu beitragen, Verbindungen zwischen Terrorismusfällen oder Verbindungen zu anderen schweren Straftaten besser aufzudecken.

<https://www.eurojust.europa.eu/news/fight-against-terrorism-across-eu-strengthened-more-information-sharing-eurojust>

### **EuGH; Urteil: Klauseln in Verbraucherkreditverträgen über vorzeitige Fälligkeit müssen verhältnismäßig sein**

Der EuGH hat am 09.11.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-598/21 | Všeobecná úverová banka verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass die gerichtliche Kontrolle der etwaigen Missbräuchlichkeit einer Klausel in einem Verbraucherkreditvertrag auch die Kontrolle ihrer Verhältnismäßigkeit umfassen muss. Die konkrete Klausel, um die es in dem Vorabentscheidungsverfahren aus der SLK geht und die eine vorzeitige Fälligkeit vorsieht, falle auch in den Anwendungsbereich der Richtlinie über missbräuchliche Klauseln.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-598/21>

### **EuGH; Urteil: Staatsanwaltschaft Aachen darf Vollstreckung einer in POL verhängten Freiheitsstrafe aufgrund von Rechtsstaatsbedenken ablehnen**

Der EuGH hat am 09.11.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-819/21 Staatsanwaltschaft Aachen zur Vollstreckung einer in POL verhängten Freiheitsstrafe in DEU verkündet. Er kommt darin zu dem Ergebnis, dass die zuständige Behörde des Vollstreckungsmitgliedstaats es ablehnen kann, die von einem Gericht eines anderen Mitgliedstaats (MS) ausgesprochene Verurteilung zu einer strafrechtlichen Sanktion anzuerkennen und zu vollstrecken, wenn sie über Anhaltspunkte dafür verfügt, dass in diesem MS systemische oder allgemeine Mängel in Bezug auf das Recht auf ein faires Verfahren bestehen und die Annahme berechtigt ist, dass sich diese Mängel konkret auf das Strafverfahren gegen die betroffene Person auswirken konnten. Dies gelte insbesondere im Hinblick auf die Frage der Unabhängigkeit der Gerichte. Die zuständige Behörde des Vollstreckungsmitgliedstaats habe hierbei die Situation zu beurteilen, die im Ausstellungsmitgliedstaat bis zum Zeitpunkt der strafrechtlichen Verurteilung bestand.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=279487&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=748317>

### **Rat; Kommission; Ministerforum EU-Westbalkan für Justiz und Inneres**

Am 26./27.10.2023 kamen in Skopje EU-Innenkommissarin Johansson für die Kommission und der spanische Innenminister Grande-Marlaska für den ESP-Ratsvorsitz mit ihren Amtskolleginnen und -kollegen aus dem Westbalkan im Rahmen des Ministerforums EU-Westbalkan für Justiz und Inneres zusammen. Diskutiert wurde über bestehende Partnerschaften, Pläne zur Bekämpfung von Terrorismus, die verheerenden Auswirkungen von Drogenkonsum und Drogenhandel auf die Gesellschaften und die europäische Asyl- und Migrationspolitik. Im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Drogenkriminalität kam die Ministerrunde überein, die polizeiliche Zusammenarbeit – auch über das Europäische Polizeiamt (Europol) und im Rahmen der Europäischen multidisziplinären Plattform gegen kriminelle Bedrohungen (EMPACT) – weiter auszubauen. Insbesondere betonte hierbei den operativen Mehrwert der zum Europol-Hauptquartier entsandten Verbindungsbeamtinnen und -beamten und die verstärkte Nutzung der Netzanwendung für sicheren Datenaustausch (SIENA) durch die Strafverfolgungsbehörden. Teil der Gespräche war auch die Bedeutung von Rückübernahmeabkommen und die Verbesserung von Asyl- und Aufnahmesystemen auf dem Westbalkan.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/27/joint-press-statement-eu-western-balkans-ministerial-forum-on-justice-and-home-affairs-skopje-26-27-october-2023/>

### **EuGH; Schlussanträge: Situation von Frauen in Afghanistan ist Fluchtgrund**

Der Generalanwalt am EuGH Jean Richard de la Tour hat am 09.11.2023 seine Schlussanträge in den verbundenen Rechtssachen C-608/22 und C-609/22 | Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl u. a. (Afghanische Frauen) verlesen. Er vertritt darin die Auffassung, dass die diskriminierenden Maßnahmen des Taliban-Regimes ggü. afghanischen Frauen wegen ihrer kumulativen Wirkung eine Verfolgung darstellen. Ein Mitgliedstaat sei nicht daran gehindert, eine begründete Furcht dieser Frauen vor Verfolgung als Fluchtgrund anzuerkennen. In diesem Fall müsse auch nicht nach weiteren Anhaltspunkten in ihrer persönlichen Situation gesucht werden, so der Generalanwalt. Den Rechtssachen liegen Vorabentscheidungsersuchen aus AUT zugrunde. Die Schlussanträge sind für den EuGH nicht bindend.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-608/22>

### **EuGH; Urteil: SWE zur Zahlung von 8,5 Mio. EUR wegen Nichtumsetzung der Feuerwaffen-Richtlinie verurteilt**

Der EuGH hat am 09.11.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-353/22 | Kommission / SWE (Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen) verkündet. In dem Vertragsverletzungsverfahren verurteilt er SWE zur Zahlung von 8,5 Mio. EUR aufgrund der verspäteten Umsetzung der geänderten Richtlinie über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen. SWE hatte in dem Verfahren selbst eingeräumt, die reformierte Feuerwaffen-Richtlinie nicht rechtzeitig umgesetzt zu haben.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2023-11/cp230170de.pdf>

## Bildung und Kultur

### **Kommission; Evaluierung des Europäischen Kulturerbe-Siegels (EKS)**

Am 27.10.2023 hat die Kommission eine Konsultation zum Thema Europäisches Kulturerbe-Siegel geöffnet, an der sich Interessierte und öffentliche Stellen beteiligen können. Das EKS ist ein Teil des EU-Kulturförderprogramms Kreatives Europa (Creative Europe). Besonders schützenswerte Kulturstätten wurden auf Antrag mit einem speziellem EU-Siegel (Heritage Label) ausgezeichnet. Für das kommende Jahr hat die EU eine Evaluierung des Europäischen Kulturerbe-Siegels geplant, zu der vorab konsultiert wird. Bei ihrer Bewertung wird die Kommission die Umsetzung der Maßnahme im Zeitraum 2018-2024 mit Blick auf Verbesserungen während der kommenden Jahre analysieren. Geprüft wird anhand von five-pack Kriterien: Relevanz, Kohärenz, Effizienz, Wirksamkeit und EU-Mehrwert. Die Konsultation wird bis 24.11.2023 geöffnet sein.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13820-Kulturerbe-Europaisches-Kultur-erbe-Siegel-Evaluierung-im-Jahr-2024- de>

## Information, Kommunikation und Medien

### **Kommission; Zusammenarbeit mit Medienregulierungsbehörden beim DSA**

Die Kommission hat am 30.10.2023 bekannt gegeben, eine Verwaltungsvereinbarung mit der ITL-Medienregulierungsbehörde (Autorità per le garanzie nelle comunicazioni, AGCOM) unterzeichnet zu haben, um ihre Aufsichts- und Durchsetzungsbefugnisse im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste (DSA) zu unterstützen. Entsprechende Vereinbarungen waren zuvor bereits mit den Medienregulierungsbehörden von FRA (Autorité de Regulation de la Communication audiovisuelle et numérique, Arcom) und IRL (Coimisiún na Meán) getroffen worden. Ziel der Vereinbarungen ist, Informationen zur Ermittlung der systemischen Risiken, die von sehr großen digitalen Plattformen ausgehen können (z.B. im Zusammenhang mit der Verbreitung illegaler Inhalte und Desinformation) zu erlangen. Die Vereinbarungen stellen die Grundlage für die Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden dar, bevor die Mitgliedstaaten ihre Koordinatoren für digitale Dienste nach dem DSA benennen müssen. Da dies erst im Februar 2024 der Fall sein wird, bemüht sich die Kommission nun um eine Zusammenarbeit in der Übergangszeit.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/commission-services-sign-administrative-arrangement-italian-media-regulator-support-enforcement>

## Veranstaltungen

### **Gespräche von Europastaatssekretär Uwe Becker in Brüssel**

Bei seinen Gesprächen in Brüssel am 08.11.2023 traf der Hessische Staatssekretär für Europaangelegenheiten Uwe Becker unter anderem mit MdEP Dr. Sergey Lagodinsky (Grüne/DEU) zusammen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Situation in der Türkei vor dem Hintergrund des Erweiterungs- und Fortschrittsberichts der Kommission, der Krieg Russlands gegen die Ukraine und der Angriff auf Israel sowie der Antisemitismus in Deutschland und Europa. Beim Gespräch mit Frau Dr. Seyda Emek, Büro des EU-Koordinators für Terrorismus-Bekämpfung im Rat der Europäischen Union wurde die aktuelle Bedrohung durch Terrorismus in der EU

erörtert. Staatssekretär Becker begrüßte die Botschafter der Europäischen Kommission in den Ländern des süd-pazifischen Raums, die auf Einladung von Michael Hager, Kabinettschef von Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis, Kommissar für Handelspolitik in der Hessischen Landesvertretung zu einem informellen Gedankenaustausch zusammengekommen waren.

### **Veranstaltung „High-level conference Ukraine: How to unleash investments in decentral energy solutions - now?“**

Am 06.11.2023 fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU, unter anderem organisiert von der Firma Viessmann, eine Konferenz zum Thema „High-level conference Ukraine: How to unleash investments in decentral energy solutions - now?“, statt. Uwe Becker, Hessischer Staatssekretär für Europaangelegenheiten erklärte, wie wichtig es sei, jetzt über Investitionen in der Ukraine für die Zeit nach dem Krieg zu sprechen. Die EU wolle, dass die Ukraine Teil der europäischen Familie sei. Grußworte mit dem thematischen Schwerpunkt der Konferenz Investitionen in dezentrale Energielösungen in der Ukraine, wurden von Kadri Simson, Kommissarin für Energie und German Galuchenko, ukrainischer Minister für Energie per Video eingespielt. Podiumsgespräche fanden zu den Themen heutige Marktverhältnisse in der Ukraine, Beschleunigung der Investitionen in dezentralisierte Solarenergie, die Rolle intelligenter Netze und dezentraler erneuerbarer Energien für die Widerstandsfähigkeit der Infrastruktur, Förderung von Investitionen in erneuerbare und effiziente Heizungslösungen und Finanzierung von Projekten in der Ukraine, statt.

### **Delegation des Hessischen Industrie- und Handelskammertags (HIHK) einschließlich Mitgliederversammlung am 07./08.11.2023 in Brüssel**

Vom 07.11. bis 08.11.2023 war eine Delegation des HIHK unter Leitung der Präsidentin des HIHK, Frau Kirsten Schoder-Steinmüller, in Brüssel. Die Delegation hat sich über aktuelle wirtschaftspolitische EU-Themen vor Ort informiert. In dem Gespräch mit Ministerin Lucia Puttrich ging es grundsätzlich um die Bedeutung der EU-Wettbewerbsfähigkeit, vor allem für den Mittelstand in Hessen und die konkreten Auswirkungen der EU-Gesetzgebung auf die hessischen Unternehmen. Frau Puttrich betonte, wie wichtig es sei, dass die Unternehmen ihre Anliegen in Brüssel vor Ort selbst auch einbringen. Diskutiert wurde weiter über die Zukunft der EU, deren politische Handlungsfähigkeit, die Notwendigkeit von Reformen sowie die Erweiterungspläne der EU. In dem Gespräch mit Michael Hager, Kabinettschef des Exekutive-Vizepräsidenten Valdis Dombrovskis ging es um die europäische Handelspolitik im weitesten Sinne. Im Rahmen eines Mittagessens gab es einen Austausch mit Christiane Canenbley, stv. Kabinettschefin von Exekutive-Vizepräsidentin Margarete Vestager zu EU-Digitalthemen, wie u.a. der Künstlichen Intelligenz und den Bericht der Kommission zur Digitalen Dekade. Zudem gab es ein Gespräch im EP mit den Hessischen MdEP, Vizepräsidentin Nicola Beer (ALDE), Engin Eroglu (ALDE) und Prof. Sven Simon (EVP) zu aktuellen EU-Themen, wie u.a. der EU-Bankenunion und dem geplanten EU-Lieferkettengesetz. Im Anschluss an die Mitgliederversammlung fand ein Austausch mit Europastaatssekretär Uwe Becker zum Wirtschaftsstandort Hessen, mit besonderem Blick auf die Finanzwirtschaft, statt. Staatssekretär Becker warb ausdrücklich, sich an den Europawahlen 2024 zu beteiligen. Zudem gab es ein Gespräch mit dem Leiter des Büros der KGaA Merck, Jean-Paul El Ahl, über die Lobbyarbeit in Brüssel aus Sicht eines Unternehmens. Die Delegation nahm zudem an der Abendveranstaltung mit dem Titel „Mehr Freiheit für Unternehmen weniger Bürokratie!“ teil.

### **Veranstaltung „Mehr Freiheit für Unternehmen weniger Bürokratie!“**

Am 07.11.2023 fand in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel auf gemeinsame Einladung der Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich und Präsidentin des Hessischen Industrie- und Handelskammertag Kirsten Schoder-Steinmüller eine Abendveranstaltung mit dem Titel „Mehr Freiheit für Unternehmen weniger Bürokratie!“ statt. Ministerin Lucia Puttrich hob in ihrer Rede die besondere Situation der Unternehmen vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen, u.a. durch die erhöhten Energiepreise, der grünen und digitalen Transformation, hervor. Daher müsse eine richtige Balance gefunden werden, welche Regeln, insbesondere welche Berichtspflichten wirklich erforderlich sind. Bürokratie und Regulierung hätten durchaus ihren Sinn, aber die Intensität müsse zwingend auf den Prüfstand. Die Entlastung müsse bei den Unternehmen vor Ort ankommen. Michael Wimmer, Direktor Strategie, Bessere Rechtsetzung und Better Corporate Governance im Generalsekretariat der Kommission, machte in seinem Impulsvortrag deutlich, dass die politische Dynamik sich bei dem Thema in den letzten Jahren schon geändert habe. Die Kommission nehme den Grundsatz „One in one out“ als Selbstverpflichtung sehr ernst. Die Kommission habe zudem eine ganze Reihe von konkreten Vorschlägen zum Abbau von Berichtspflichten am 17.10.2023 vorgelegt, die aber natürlich noch von Rat und EP angenommen werden müssten. Zudem verwies er auf die neuen Aktivitäten der Kommission im Bereich Bessere Rechtsetzung, wie u.a. auf die „Fit for Future“-Plattform, aber auch den neuen Wettbewerbscheck, der seit März 2023 durchgeführt wird sowie die Benennung des KMU-Beauftragten. Auch an der Verbesserung des KMU-Tests würde die Kommission intensiv arbeiten. In der anschließenden Podiumsdiskussion, die von Silke Wettach von der Wirtschaftswoche moderiert wurde, standen die vermehrten Bürokratieverpflichtungen, mit denen sich die Unternehmen in Hessen, vor allem der Mittelstand konfrontiert sieht, im Mittelpunkt. Dabei ging es auch um den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im In- und Ausland. An der Podiumsdiskussion beteiligte sich neben Michael Wimmer MdEP Markus Ferber (EVP/DEU), Dr. Felix Heusler Geschäftsführer Isabellenhütte Heusler GmbH & Co. KG, Dillenburg und Dr. Arnd Klein-Zirbes, Hauptgeschäftsführer der IHK Kassel-Marburg. Dr. Heusler bezeichnete das Thema Bürokratieabbau als „Dauerbrenner“. Die Fachleute, die sich im Unternehmen mit Berichtspflichten beschäftigen, würden an anderer Stelle, wenn es um Weiterentwicklung und Innovationen gehe, fehlen. So sei z.B. die Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung ein Konjunkturprogramm für Berater. Dr. Klein-Zirbes verwies auf eine von der Kammer durchgeführte Umfrage, an der sich ca. 550 regionale Unternehmen beteiligt hätten, von denen zwei Drittel geantwortet hätten sich durch bürokratische Hürden in ihrem Handeln stark ausgebremst zu fühlen. MdEP Ferber betonte, dass die Entlastungsvorschläge der Kommission bei den Unternehmen bisher nicht angekommen seien. Man solle sich u.a. auf standardisierte Datensätze konzentrieren. Zudem wünsche er sich mehr Kohärenz in der EU-Gesetzgebung. Frau Kirsten Schoder-Steinmüller verwies in ihrem Grußwort auf die konkreten Vorschläge der DIHK zum Abbau der Berichtspflichten. Sie betonte in ihrem Schlusswort, dass ein gemeinsamer Dialog von Unternehmen, Politik und Gesellschaft notwendig sei. Das Ziel des „Green Deal“ werde nicht in Frage gestellt, aber dringend erforderlich seien praxistaugliche Lösungen.

### **Veranstaltung „Angriff auf Israel – Was bedeutet der 7. Oktober 2023 für Israel und die EU?“**

Am 08.11.2023 fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU eine Veranstaltung zum Thema „Angriff auf Israel – Was bedeutet der 7. Oktober 2023 für Israel und die EU?“, statt. Uwe Becker, Hessischer Staatssekretär für Europaangelegenheiten erklärte, der 07.10. markiere einen Tag des terroristischen Massenmords. Israel habe das Recht und die Pflicht sich zu verteidigen.



Staatssekretär Becker betonte, DEU und Hessen stehen an der Seite von Israel. Bei seiner anstehenden Reise nach Israel habe er den Wunsch nach einer einheitlichen europäischen Botschaft an Israel. Jonathan Rosenzweig, Stellvertretender Leiter der Mission Israels bei der Europäischen Union und der NATO, erläuterte, die Bevölkerung Israels lebe in Angst und sei hilflos nach diesem Trauma. Für Israel seien Solidaritätsbekundungen der EU und des EP sehr wichtig. Rosenzweig erklärte, Israel müsse jetzt gewinnen und die Möglichkeiten der Hamas zu operieren, zerstören. Gaza könne nicht mehr wie zuvor regiert werden. Für Israel müsse Sicherheit garantiert sein. Man wolle keinen Krieg in der Region, man kämpfe nur gegen die Hamas. Nicola Beer, MdEP, Vize-Präsidentin des EP übte starke Kritik an Diskussionen, die versuchen die Taten der Hamas zu relativieren und zu rechtfertigen oder Täter und Opfer vertauschten. Sie erläuterte, auch die Nachbarländer Israels hätten Interesse daran, den Terror zu bekämpfen. Israel bewege sich aktuell im internationalen Kriegsrecht. Katharina von Schnurbein, Koordinatorin Bekämpfung von Antisemitismus und die Förderung des jüdischen Lebens, Europäische Kommission, erklärte, der 07.10. sei eine Zäsur, nicht nur für Israel, sondern für alle. Es müsse eine Diskussion zwischen denen, die die Werte und Demokratie teilen und denen, die es nicht tun, stattfinden. Von Schnurbein kritisierte, es gebe weiterhin in 13 Mitgliedsstaaten keine Strategie gegen Antisemitismus, trotz des Vorschlags der Kommission. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass der europäische Einfluss in der Region und die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern von Israel wichtig sein könne.

### **Veranstaltung; AMLA in Frankfurt; Deutschland bewirbt sich um den Sitz der EU-Behörde zur Geldwäschebekämpfung**

Am 09.11.2023 fand in Brüssel die gemeinsame Veranstaltung der Bundesregierung, der Stadt Frankfurt und der hessischen Landesregierung zur Bewerbung Frankfurts um den Sitz der AMLA statt. In seiner Begrüßung hob Finanzminister Michael Boddenberg hervor, wie gut die AMLA nach Frankfurt passe. Frankfurt sei sehr gut vernetzt durch den Flughafen, den Sitz von Europäischer Zentralbank und vieler großer Banken und anderer Finanzdienstleister. Minister Boddenberg betonte die digitale Infrastruktur mit dem größten Internetknotenpunkt der Welt und den vielen Rechenzentren in Frankfurt. Er führte weiterhin aus, wie wichtig der hohe Anteil an hervorragend ausgebildeten Menschen in Frankfurt und an den dort bestehenden Hochschulen und Universitäten sei. Dies sei einer der wichtigsten Standortvorteile beim Aufbau der AMLA. In seiner Keynote ging Bundesfinanzminister Christian Lindner darauf ein, wie sehr sich die Bundesregierung für den Standort Frankfurt engagiere. Er sagte erhebliche Finanzmittel für die Ansiedlung der Agentur zu. Auf die Frage nach dem nicht so guten Abschneiden Deutschlands beim Ranking der Geldwäschebekämpfung im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten betonte Lindner, dass gerade Verbesserungen in diesem Bereich der Grund für das besondere Engagement Deutschland für die AMLA wäre und Frankfurt hier der beste Ort in Europa sei. In ihrer Vorstellung der möglichen Standorte für die AMLA präsentierte die Frankfurter Wirtschaftsdezernentin Stephanie Wüst drei unterschiedliche Vorschläge sowohl in der Innenstadt als auch im Gateway Garden, dem neuen Quartier direkt am Flughafen. Die Diskussion wurde von Detlef Fechtner, Chefredakteur der Börsenzeitung moderiert. In ihren Beiträgen betonten, sowohl Regina Karoline Schueller (Direktorin des Frankfurter Büros der IFRS Foundation des International Sustainability Standards Board (ISSB)) als auch Petra Hielkema, Chefin der European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA), das internationale Flair, die kurzen Wege und das gute Klima in einer multikulturellen und grünen Stadt wie Frankfurt, in der es sich hervorragend leben lässt.

## **Gemeinsame Veranstaltung mit dem Brüsseler Verband der Europa-Union Deutschland: „Krisen & Chancen in Europa: Eine Sicht aus Belgien“**

Am 09.11.2023 fand auf Einladung der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Frau Lucia Puttrich und dem Brüsseler Verband der Europa-Union DEU die Veranstaltung: „Krisen & Chancen in Europa: Eine Sicht aus Belgien“ statt. Im Rahmen dieses Veranstaltungsformats wird dem Ständigen Vertreter bei der EU eines Mitgliedstaats die Gelegenheit gegeben, eigene nationale Sichtweisen zu den aktuellen europäischen Herausforderungen darzulegen. Der Ständige Vertreter BEL bei der EU, Botschafter Willem van de Voorde, erläuterte im Rahmen seines Impulsvortrags die Sichtweise seines Heimatlandes auf die drängendsten Problemlagen, mit denen sich die EU gegenwärtig konfrontiert sieht. Konkret sprach er u.a. die Themen Migration, Erweiterung, Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit sowie den Mehrjährigen Finanzrahmen an. Abgerundet wurde die Veranstaltung, durch ein von Frau Ilka Wölfle, stellvertretende Vorsitzende der Europa-Union Brüssel, geführtes Interview. Sie stellte Botschafter van de Voorde im Nachgang Rückfragen zu den von ihm angesprochenen Themenkomplexen. Abschließend hatten die Gäste die Möglichkeit, Fragen an Botschafter van de Voorde zu richten. Die Veranstaltung war die zweite in der halbjährlich stattfindenden Reihe „Botschaftergespräche“.

## V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

### **Rat**

13./14.11.2023	Informelle Ministertagung „Wohnungsbau“
13-15.11.2023	Rat „Auswärtige Angelegenheiten“
20.11.2023	Rat „Fischerei und Landwirtschaft“
21.11.2023	Rat „Auswärtige Angelegenheiten“
23./24.11.2023	Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“
23./24.11.2023	Informelle Ministertagung „Gleichstellung“

### **Europäische Kommission**

15.11.2023	Paket zur Mobilität von Fachkräften <ul style="list-style-type: none"><li>• Mitteilung über die Maximierung des Potenzials der Talentmobilität</li><li>• Gesetzgebung zur Einrichtung eines EU-Talentpools</li><li>• Empfehlung zur Anerkennung von Qualifikationen von Drittstaatsangehörigen</li><li>• Empfehlung zum Rahmen für die Mobilität zu Lernzwecken</li></ul>
------------	---

21.11.2023

- Herbstpaket des Europäischen Semesters
- Rahmen für die Überwachung der Wälder

## Europäisches Parlament

### Plenarsitzung in Straßburg vom 20.-23.11.2023

Internationaler Tag der Kinderrechte

Gemeinsame Vorschriften zur Förderung der Reparatur von Waren

Rahmen für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems der Fertigung von Netto-Null-Technologieprodukten (Netto-Null-Industrie-Verordnung)

Unionsrahmen für die Zertifizierung von CO2-Entnahmen

Digitalisierung der grenzüberschreitenden justiziellen Zusammenarbeit

Digitalisierung der grenzüberschreitenden justiziellen Zusammenarbeit (Änderung bestimmter Richtlinien und Rahmenbeschlüsse)

Nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln

Hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union

Anerkennung der Berufsqualifikationen: in Rumänien ausgebildete Krankenschwestern und Krankenpfleger für die allgemeine Pflege

Optionen zur Verbesserung der Zuverlässigkeit von Prüfungen und Kontrollen der nationalen Behörden bei geteilter Mittelverwaltung

EU-Rahmen für die soziale und berufliche Situation von Künstlern und Arbeitnehmern in der Kultur- und Kreativbranche

Umsetzung des Grundsatzes des Vorrangs des EU-Rechts  
Durchführung des Programms für das Europäische Solidaritätskorps

Umsetzung der Verordnung mit Maßnahmen zur Wiederauffüllung des Bestands des Europäischen Aals  
Strategischer Kompass und weltraumgestützte Verteidigungsfähigkeiten der EU

Verpackungen und Verpackungsabfälle

Verschärfung der CO2-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge

Haushaltsverfahren 2024: Ergebnis der Konzertierung

Aussprache über außenpolitische Fragen in Anwesenheit des Vizepräsidenten der Kommission/Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland

Haushaltsverfahren 2024 – gemeinsamer Entwurf

Vereinbarung zwischen der EU und Montenegro – operative Tätigkeiten, die von der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache in Montenegro durchgeführt werden - Empfehlung: Lena Düpont 6

Turnusmäßiger Wechsel eines Teils der Mitglieder des Rechnungshofs  
 MwSt – Vorschriften für das digitale Zeitalter  
 MwSt – für das digitale Zeitalter erforderliche Regelungen für die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden  
 MwSt – Steuerpflichtige und Sonderregelungen für die Erklärung und Entrichtung bei Fernverkäufen von eingeführten Gegenständen  
 Verhandlungen über eine Statusvereinbarung über operative Tätigkeiten, die von Frontex in Mauretanien durchgeführt werden  
 Umsetzung des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich  
 Europawahl 2024  
 Innovative Strategie für humanitäre Hilfe – Blick auf aktuelle und vergessene Krisen  
 Schaffung von Arbeitsplätzen – gerechter Übergang und nachhaltiges Investieren  
 Talenterschließung in den Regionen Europas  
 Digitalisierung und Verwaltungsrecht  
 Klimakonferenz 2023 der Vereinten Nationen in Dubai (COP 28)  
 Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit  
 Europäischer Raum für Gesundheitsdaten  
 Vorschläge des Europäischen Parlaments zur Änderung der Verträge

## **Ausschuss der Regionen**

- |            |   |
|------------|---|
| 17.11.2023 | COTER-Fachkommissionssitzung<br>Intelligenter, nachhaltiger und erschwinglicher Wohnraum als Instrument der lokalen Gebietskörperschaften zur Bewältigung vielfältiger Herausforderungen (Meinungsaustausch)<br>Ökologisierung des Güterverkehrs (Orientierungsdebatte) |
| 21.11.2023 | CIVEX-Fachkommissionssitzung<br>Folgemaßnahmen zur Konferenz zur Zukunft Europas und zur Charta für Jugend und Demokratie – politische Teilhabe junger Menschen im Hinblick auf die Europawahlen (Thematische Debatte)  |
| 22.11.2023 | ENVE-Fachkommissionssitzung<br>Europäischer Grüner Deal und Gesundheit (Abstimmung)<br>Lokale Energieerzeugung: die Rolle der geothermischen Energie (Meinungsaustausch)  |
| 23.11.2023 | NAT-Fachkommissionssitzung  |

Eine umfassende Herangehensweise im Bereich der psychischen Gesundheit (Meinungsaustausch)  
Pflanzenvermehrungsmittel (Meinungsaustausch)

## Europäischer Gerichtshof

- 16.11.2023 Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-583/21 NC, C-584/21 JD, C-585/21 TA und C-586/21 FZ (Versetzung eines spanischen Notariatsbüros)  
Wahrung von Ansprüchen beim Übergang von Unternehmen
- 16.11.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-333/22 Ligue des droits humains (Überprüfung der Verarbeitung von Daten durch das Kontrollorgan)  
Rechte der Betroffenen bei Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten durch die Strafverfolgungsbehörden
- 16.11.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-184/22 und C-185/22 KfH Kuratorium für Dialyse und Nierentransplantation  
Ungleichbehandlungen im Arbeitsumfeld
- 16.11.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-671/22 Bezirkshauptmannschaft Spittal an der Drau  
Umweltschutz
- 23.11.2023 Urteile des Gerichtshofs in den Rechtssachen C-374/22 und C-614/22 Commissaire général aux réfugiés et aux apatrides (Einheit der Familie)  
Wahrung der Familieneinheit
- 23.11.2023 Urteil des Gerichtshofs in den Rechtsmittelsachen C-209/21 P und C-210/21 P Ryanair / Kommission  
Staatliche Beihilfen
- 23.11.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-321/22 Provident Polska  
Missbräuchlichkeit von Vertragsklauseln
- 23.11.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-354/22 Weingut A  
Verwendung der Bezeichnung "Weingut"
- 23.11.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtsmittelsache C 758/21 P Ryanair und Airport Marketing Services  
Staatliche Beihilfen – Flughafen Klagenfurt

- 23.11.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C 221/22 P Kommission / Deutsche Telekom  
Verzugszinsen bei einer zu Unrecht verhängten Geldbuße
- 23.11.2023 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-351/22 Neves 77 Solutions  
Einziehung von Erlösen aus Geschäften mit Gütern aus Russland
- 23.11.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-757/22 Meta Platforms Ireland  
(Verbandsklage)  
Zulässigkeit einer Verbandsklage

## **EuG**

- 22.11.2023 Urteile des Gerichts in den verbundenen Rechtssachen T 302/20 Del Valle Ruíz u. a. / CRU, T-303/20 Arias Mosquera u. a. / CRU und T-307/20 Calatrava Real State 2015 / CRU, in der Rechtssache T-304/20 Molina Fernández / CRU und in der Rechtssache T-330/20 ACMO u. a. / CRU und in der Rechtssache T-340/20 Galván Fernández-Guillén / CRU  
Einheitlicher Abwicklungsausschuss

**Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 24.11.2023.**

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Europäisches Parlament</b>	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
<b>EU-Mitgliedstaaten</b>	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
<b>Länder außerhalb der EU</b>	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA